

Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen und alten Bundesländern	403
Anhaltend hohe Investitionsausgaben des West-Berliner verarbeitenden Gewerbes	416

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 29/91

Berlin

18. Juli 1991

1. Ex.

58. Jahrgang

Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen und alten Bundesländern

Mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion Mitte des vergangenen Jahres haben sich die Lebensbedingungen für die Menschen in Ostdeutschland schlagartig verändert. Im planwirtschaftlichen System der DDR hatten sich in vielen Bereichen ganz andere Strukturen als im marktwirtschaftlichen Prozeß der Bundesrepublik herausgebildet. Für die privaten Haushalte äußerte sich dies vor allem in einer schlechteren materiellen Lage, gekennzeichnet durch geringere Einkommen und durch eine den Verbraucherwünschen nicht gerecht werdende Angebotsstruktur im Konsumgüterbereich. Nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands sind zwar die institutionellen Rahmenbedingungen weitgehend einheitlich, doch werden sich wegen der großen Unterschiede in den Ausgangsbedingungen die Lebensverhältnisse erst nach und nach angleichen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), beide in Berlin, wurden vom Bundesminister für Wirtschaft beauftragt, die Einkommensverteilung und -verwendung in den neuen Bundesländern unter den veränderten Rahmenbedingungen zu analysieren und mit der Situation in den alten Bundesländern zu vergleichen¹. Insbesondere sollten dabei — differenziert nach sozioökonomischen Kriterien — die Unterschiede im Einkommensniveau und in der Einkommensverteilung dargestellt werden. Außerdem sollten die nominalen Einkommen um Kaufkraftunterschiede bereinigt werden, damit der reale Abstand zwischen West- und Ostdeutschland quantifiziert werden kann.

Informationsgrundlagen zur Einkommensverteilung

Weil aktuelle Daten zur Einkommenslage sozialer Haushaltsgruppen für das neue Bundesgebiet bei Auftragserteilung nicht vorlagen, wurde das Institut für Marktforschung, Leipzig, beauftragt, eine Stichprobe über die Einkommensverhältnisse im Januar 1991 durchzuführen. Die Erhebungsergebnisse wurden auf gesamtwirtschaftliche Daten hochgerechnet. Zu diesem Zweck wurden makroökonomische Einkommensströme quantifiziert. Aus Mangel an amtlichen statistischen Informationen waren dabei oft Schätzungen nötig. Schließlich wurde die Einkommensentwicklung bis zum Oktober dieses Jahres prognostiziert.

Zur aktuellen Einkommenslage der Haushaltsgruppen in den alten Bundesländern wurden — aufbauend auf den langjährigen Vorarbeiten des DIW zur Einkommensverteilung — eigene Berechnungen vorgenommen. Da es im alten Bundesgebiet — anders als in den neuen Bundesländern — keine „Turbulenzen“ in der Einkommensentwicklung gegeben hat, war es vertretbar, die für 1988 berech-

¹ Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann (DIW), Jürgen Boje, Doris Gladisch, Ruth Grunert (IAW). Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Berlin 1991 (als Manuskript vervielfältigt).

neten Einkommensstrukturen² auf das Jahr 1990 fortzuschreiben. Rahmendaten waren dabei die (wenigen) Informationen, die die amtliche Statistik zur Bevölkerungsstruktur und zur Einkommensverteilung in diesem Berichtsjahr bot; Schätzungen waren ebenfalls nötig. Daß neuere detaillierte Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zur Verteilung des verfügbaren Einkommens³ verwendet werden konnten, erwies sich als hilfreich.

Soziale Haushaltsgruppen

Eine makroökonomisch orientierte Verteilungsrechnung läßt differenzierte Aussagen nur dann zu, wenn zu den Einkommensaggregaten ein „demographischer Bezugsrahmen“ bekannt ist.

In den neuen Bundesländern gab es Anfang 1991 rund 6,3 Mill. Privathaushalte mit knapp 15,8 Mill. Haushaltsmitgliedern; in den 27,3 Mill. Haushalten der alten Bundesländer lebten 1990 (Jahresdurchschnitt) etwa 60,9 Mill. Personen. Im Durchschnitt besteht ein ostdeutscher Haushalt aus 2,5 und ein westdeutscher aus 2,2 Haushaltsmitgliedern.

Arbeitnehmer-Haushalte haben in den neuen, Selbständigen- und Rentner-Haushalte in den alten Bundesländern jeweils größere Bedeutung. Nicht für alle Haushaltsgruppen existieren freilich „echte“ Vergleichsgruppen: So gibt es in den neuen Bundesländern faktisch noch keinen Beamtenstatus; die Angehörigen des öffentlichen Dienstes zählen zu den Angestellten. Landwirte sind in den neuen Bundesländern überwiegend Genossenschaftsmitglieder mit arbeitnehmerähnlichem Status; im alten Bundesgebiet üben sie eine selbständige Tätigkeit aus.

Verfügbares Einkommen der Haushaltsgruppen

Während sich die Ergebnisse der Einkommensstichprobe für die neuen Bundesländer auf den Januar 1991 beziehen, sind die Berechnungen für das alte Bundesgebiet Durchschnittswerte für das Jahr 1990. Die Aussagekraft des Einkommensvergleichs wird durch den unterschiedlichen zeitlichen Bezug der Einkommensdaten indes wohl nur wenig beeinträchtigt.

Das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen in Ostdeutschland macht — über alle Haushaltsgruppen gerechnet — etwas mehr als die Hälfte des Betrages aus, der für die alten Bundesländer berechnet wurde. Die Haushalte von Arbeitern und Arbeitslosen im neuen Bundesgebiet erreichen im Durchschnitt rund zwei Drittel des Einkommens, das vergleichbaren Haushalten im alten Bundesgebiet zur Verfügung steht; bei den Angestellten-Haushalten fällt der Einkommensrückstand etwas größer aus. Die Rentner-Haushalte in den neuen Bundesländern beziehen im Durchschnitt weniger als die Hälfte des Einkommens westdeutscher Rentner-Haushalte⁴. Während

² Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/1990, S. 304 ff.

³ Klaus Schüler: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1990, S. 182 ff. und S. 126* ff.

⁴ Diese Einkommensrelationen stimmen mit den Vergleichszahlen überein, die aus Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels für die neuen (SOEP-Ost) und alten Bundesländer (SOEP-West) berechnet wurden. Die aus gesamtwirtschaftlichen Statistiken abgeleiteten Durchschnittseinkommen liegen indes nicht unbedeutend über den im Sozio-ökonomischen Panel ermittelten Beträgen. Vgl. Entwicklung der Haushaltseinkommen in Ostdeutschland 1989/90. Bearb.: Johannes Schwarze und Birgit Parakenings. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/1991, S. 215 ff.

Tabelle 1

Zahl der Privathaushalte im neuen und alten Bundesgebiet 1990/91

	Neue Bundesländer		Alte Bundesländer	
	Zahl der Haushalte		Zahl der Haushalte	
	in 1000	in vH	in 1000	in vH
Haushalte von				
Arbeitern	2 147	33,8	5 787	21,2
Angestellten ¹⁾	1 496	23,6	7 865	28,8
Landwirten ²⁾	299	4,7	314	1,1
Selbständigen ³⁾	257	4,1	1 598	5,8
Arbeitslosen	343	5,4	707	2,6
Rentnern ⁴⁾	1 802	28,4	11 059	40,5
Zusammen	6 344	100,0	27 330	100,0

1) Alte Bundesländer: einschließlich Beamte. — 2) Neue Bundesländer: LPG-Mitglieder, alte Bundesländer: selbständige Landwirte. — 3) Alte Bundesländer: ohne Selbständige in der Landwirtschaft. — 4) Alte Bundesländer: einschließlich Pensionäre.
 Quellen: Berechnungen des IAW und des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

für die landwirtschaftlichen Haushalte eine ähnliche Relation gilt, erhalten die Selbständigen-Haushalte (ohne Landwirte) in Ostdeutschland — obwohl sie wie die Selbständigen-Haushalte im alten Bundesgebiet auf der Einkommensskala an vorderster Stelle stehen — nur knapp ein Viertel des entsprechenden westdeutschen Durchschnittseinkommens⁵. Ins Gewicht fällt hier sicherlich, daß solche Berufsgruppen, die in Westdeutschland überdurchschnittlich hohe Einkünfte erzielen (z.B. freiberuflich tätige Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater), in den neuen Bundesländern (noch) keine ähnlich herausgehobene Einkommensposition haben.

Auf jedes Haushaltsmitglied im neuen Bundesgebiet entfällt rechnerisch ein verfügbares Einkommen, das weniger als die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens⁶ in Westdeutschland ausmacht. Daß der Abstand der Pro-Kopf-Einkommen in beiden Teilen des Bundesgebietes größer ist als der Abstand der mittleren Haushaltseinkommen, folgt aus der unterschiedlichen durchschnittlichen Haushaltsgröße.

Durchschnittseinkommen beschreiben die materielle Situation der Haushaltsgruppen aber nur unvollkommen. In beiden Teilen des Bundesgebietes gibt es eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Streuung der Haushalte nach ihrer Einkommenshöhe. In den neuen Bundesländern können 16 vH der Privathaushalte weniger als 1 000 DM im Monat ausgeben; das sind überwiegend Haushalte von Rentnern und Arbeitslosen. Demgegenüber haben 26 vH der Haushalte monatlich mehr als 3 000 DM zur Verfügung. Für die Hälfte der Erwerbstätigen-Haushalte im neuen Bundesgebiet überschreitet das verfügbare Ein-

kommen den Betrag von 2 700 DM, für die Hälfte der Nichterwerbstätigen-Haushalte den Betrag von 1 200 DM im Monat nicht.

In Westdeutschland stehen knapp 3 vH aller Haushalte monatlich weniger als 1 000 DM, 17 vH höchstens 2 000 DM zur Verfügung — größtenteils auch hier Haushalte von Rentnern und Arbeitslosen. Für 61 vH aller Haushalte beträgt das Monatseinkommen mehr als 3 000 DM, für 39 vH mehr als 4 000 DM. Die Hälfte der Erwerbstätigen-Haushalte in den alten Bundesländern verfügt über ein Monatseinkommen von höchstens 4 400 DM, die Hälfte der Nichterwerbstätigen-Haushalte von höchstens 2 700 DM.

Daß die Disparität der Einkommensverteilung in den neuen Bundesländern geringer⁷ als im alten Bundesgebiet ist, überrascht nicht: Weil Spitzeneinkommen fehlen, fällt die Verteilung „gleichmäßiger“ aus. An der Lorenzkurve ist das deutlich zu sehen.

⁵ Nach der jüngsten Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung weist das Statistische Bundesamt die Gewinne — die Haupteinkommen der Selbständigen-Haushalte — niedriger als bisher aus. Vgl. Heinrich Lützel und Mitarbeiter: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1970 bis 1990. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1991, S. 164* ff.

⁶ Pro-Kopf-Einkommen sind allerdings wegen der relativen Ersparnis der Wirtschaftsführung mit wachsender Haushaltsgröße nur bedingt aussagekräftig.

⁷ Die Disparität beträgt — wenn man sie als Abweichung von der hypothetischen „Gleichverteilung“ des Einkommens in Form des Gini-Koeffizienten mißt — in den neuen Bundesländern 0,28, im alten Bundesgebiet dagegen 0,36.

Tabelle 2

**Verfügbares Durchschnittseinkommen nach Haushaltsgruppen
im neuen und alten Bundesgebiet 1990/91
in DM je Monat**

	Neue Bundesländer		Alte Bundesländer		Nachrichtlich: Alte Bundesländer = 100	
	Durchschnittseinkommen je		Durchschnittseinkommen je		Durchschnittseinkommen in den neuen Bundesländern je	
	Haushalt	Haushalts- mitglied	Haushalt	Haushalts- mitglied	Haushalt	Haushalts- mitglied
Haushalte von						
Arbeitern	2 586	872	3 899	1 435	66	61
Angestellten ¹⁾	2 960	1 060	4 834	1 969	61	54
Landwirten ²⁾	2 826	876	6 178	1 570	46	56
Selbständigen ³⁾	3 358	1 099	14 789	5 305	23	21
Arbeitslosen	1 525	734	2 231	1 062	68	69
Rentnern ⁴⁾	1 309	855	2 892	1 712	45	50
Zusammen	2 297	924	4 380	1 967	52	47

¹⁾ Alte Bundesländer: einschließlich Beamte. — ²⁾ Neue Bundesländer: LPG-Mitglieder, alte Bundesländer: selbständige Landwirte. — ³⁾ Alte Bundesländer: ohne Selbständige in der Landwirtschaft. — ⁴⁾ Alte Bundesländer: einschließlich Pensionäre.
Quellen: Berechnungen des IAW und des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Tabelle 3 Verteilung der Haushaltsgruppen nach der Höhe des verfügbaren Einkommens im neuen und alten Bundesgebiet 1990/91

Monatlich verfügbares Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM	Neue Bundesländer			Alte Bundesländer		
	Zahl der Haushalte			Zahl der Haushalte		
	in 1000	in vH	in vH kumuliert	in 1000	in vH	in vH kumuliert
Arbeiter-Haushalte						
unter 1 000	101	4,7	4,7	179	3,1	3,1
1 000 ... 2 000	587	27,3	32,0	661	11,4	14,5
2 000 ... 2 500	414	19,3	51,3	472	8,2	22,7
2 500 ... 3 000	334	15,6	66,9	669	11,6	34,2
3 000 ... 3 500	248	11,6	78,4	738	12,8	47,0
3 500 ... 4 000	211	9,8	88,3	708	12,2	59,2
4 000 oder mehr	252	11,7	100,0	2 360	40,8	100,0
Zusammen	2 147	100,0	x	5 787	100,0	x
Angestellten-Haushalte ¹⁾						
unter 1 000	15	1,0	1,0	51	0,6	0,6
1 000 ... 2 000	260	17,4	18,4	247	3,1	3,8
2 000 ... 2 500	293	19,6	38,0	665	8,5	12,2
2 500 ... 3 000	275	18,4	56,4	778	9,9	22,1
3 000 ... 3 500	218	14,6	70,9	840	10,7	32,8
3 500 ... 4 000	187	12,5	83,4	804	10,2	43,0
4 000 oder mehr	248	16,6	100,0	4 480	57,0	100,0
Zusammen	1 496	100,0	x	7 865	100,0	x
Landwirtschaftliche Haushalte ²⁾						
unter 1 000						
1 000 ... 2 000	27	9,0	9,0			
2 000 ... 2 500	81	27,1	36,1	3	1,0	1,0
2 500 ... 3 000	80	26,8	62,9	18	5,7	6,7
3 000 ... 3 500	58	19,4	82,3	16	5,1	11,8
3 500 ... 4 000	36	12,0	94,3	27	8,6	20,4
4 000 oder mehr	17	5,7	100,0	250	79,6	100,0
Zusammen	299	100,0	x	314	100,0	x
Selbständigen-Haushalte ³⁾						
unter 1 000						
1 000 ... 2 000	8	3,1	3,1			
2 000 ... 2 500	29	11,3	14,4			
2 500 ... 3 000	78	30,4	44,7			
3 000 ... 3 500	48	18,7	63,4			
3 500 ... 4 000	43	16,7	80,2	2	0,1	0,1
4 000 oder mehr	51	19,8	100,0	1 596	99,9	100,0
Zusammen	257	100,0	x	1 598	100,0	x

Anmerkungen in der Folge der Tabelle 3.

Privater Verbrauch

Statistische Basis für den Vergleich des privaten Verbrauchs sind Erhebungen auf Haushaltsebene, und zwar die Statistik des Haushaltsbudgets (neue Bundesländer) bzw. die laufenden Wirtschaftsrechnungen (alte Bundes-

länder). Untersuchungszeitraum ist das Jahr 1990; für die neuen Bundesländer das vierte Quartal⁸⁾, für die alten Bun-

⁸⁾ Da die Struktur des privaten Verbrauchs in Ostdeutschland unmittelbar nach Inkrafttreten der Währungsunion aus etlichen Gründen (z. B. großer Nachholbedarf, Bevorratungskäufe bei Nahrungsmitteln im zweiten Quartal) stark verzerrt war, werden die Ergebnisse des dritten Quartals für den Vergleich nicht berücksichtigt.

noch: Tabelle 3

**Verteilung der Haushaltsgruppen nach der Höhe des verfügbaren Einkommens
im neuen und alten Bundesgebiet 1990/91**

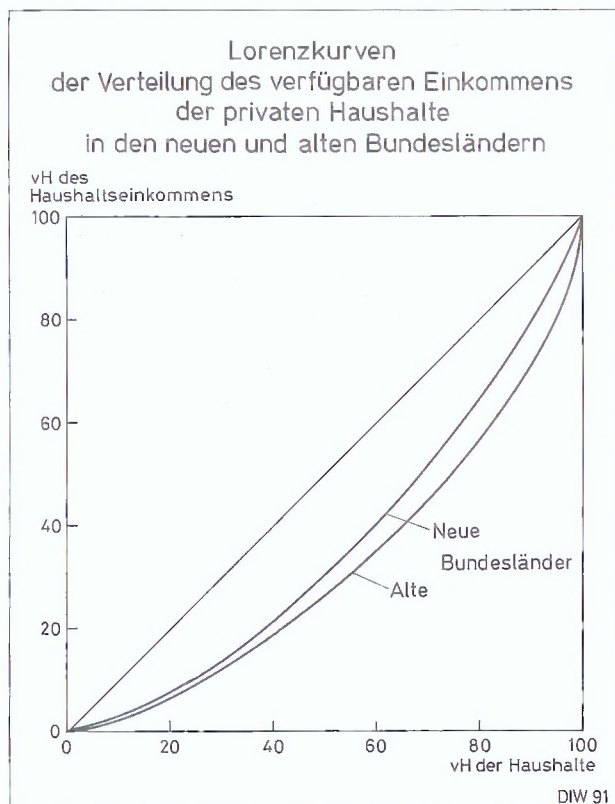
Monatlich verfügbares Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM	Neue Bundesländer			Alte Bundesländer		
	Zahl der Haushalte			Zahl der Haushalte		
	in 1000	in vH	in vH kumuliert	in 1000	in vH	in vH kumuliert
Arbeitslosen-Haushalte						
unter 1 000	71	20,7	20,7	133	18,8	18,8
1 000 ... 2 000	190	55,4	76,1	234	33,1	51,9
2 000 ... 2 500	65	19,0	95,0	68	9,6	61,5
2 500 ... 3 000	17	5,0	100,0	79	11,2	72,7
3 000 ... 3 500				80	11,3	84,0
3 500 ... 4 000				55	7,8	91,8
4 000 oder mehr				58	8,2	100,0
Zusammen	343	100,0	x	707	100,0	x
Rentner-Haushalte⁴⁾						
unter 1 000	810	45,0	45,0	352	3,2	3,2
1 000 ... 2 000	688	38,2	83,1	2 854	25,8	29,0
2 000 ... 2 500	197	10,9	94,1	1 689	15,3	44,3
2 500 ... 3 000	82	4,6	98,6	1 607	14,5	58,8
3 000 ... 3 500	19	1,1	99,7	1 485	13,4	72,2
3 500 ... 4 000	5	0,3	99,9	1 155	10,4	82,7
4 000 oder mehr	1	0,1	100,0	1 917	17,3	100,0
Zusammen	1 802	100,0	x	11 059	100,0	x
Privathaushalte insgesamt						
unter 1 000	997	15,7	15,7	715	2,6	2,6
1 000 ... 2 000	1 760	27,7	43,5	3 996	14,6	17,2
2 000 ... 2 500	1 079	17,0	60,5	2 897	10,6	27,8
2 500 ... 3 000	866	13,7	74,1	3 151	11,5	39,4
3 000 ... 3 500	591	9,3	83,4	3 159	11,6	50,9
3 500 ... 4 000	482	7,6	91,0	2 751	10,1	61,0
4 000 oder mehr	569	9,0	100,0	10 661	39,0	100,0
Zusammen	6 344	100,0	x	27 330	100,0	x
<p>1) Alte Bundesländer: einschließlich Beamten-Haushalte. — 2) Neue Bundesländer: Haushalte von LPG-Mitgliedern, alte Bundesländer: Haushalte von Selbständigen in der Landwirtschaft. — 3) Alte Bundesländer: ohne Haushalte von Selbständigen in der Landwirtschaft. — 4) Alte Bundesländer: einschließlich Pensionärs-Haushalte.</p> <p>Quellen: Berechnungen des IAW und des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.</p>						

desländer der Durchschnitt der ersten drei Quartale. Es werden drei Haushaltstypen miteinander verglichen:

- 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (Ostdeutschland: 2-Personen-Rentnerhaushalte mit mittlerem Einkommen);
- 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen;
- 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten (Ostdeutschland: Arbeiter und Angestellte) mit höherem Einkommen

Bei der Wertung der Ergebnisse ist zu beachten, daß aus statistischen Gründen „festgelegte“ Haushaltstypen verglichen werden. Bei der Berechnung der Ost-West-Relationen spielt außerdem das unterschiedliche Preisgefüge — in den neuen Bundesländern sind einige Leistungen wie Mieten oder Verkehrstarife noch subventioniert — eine erhebliche Rolle.

Bezogen auf die Ausgaben für den privaten Verbrauch in den alten Bundesländern ist in Ostdeutschland der Abstand bei den 4-Personen-Haushalten mit höherem Einkommen am größten; deren Ausgaben betragen nur knapp



drei Fünftel des westdeutschen Niveaus. Den geringsten Abstand weisen die 2-Personen-Rentnerhaushalte mit nicht ganz vier Fünfteln der Konsumausgaben in Westdeutschland auf.

Innerhalb des privaten Verbrauchs sind teilweise beträchtliche Abweichungen vom Durchschnitt zu beobachten. Stark nach unten weicht insbesondere der Verwendungszweck „Wohnungsmieten und Energie“ ab, bei dem die Ausgaben in den neuen Bundesländern aufgrund der hier noch vorhandenen Subventionen nur 14 bis 18 vH der entsprechenden Aufwendungen in Westdeutschland ausmachen. In einzelnen Nachfragebereichen ist das Ausgabenniveau in den neuen Bundesländern höher als in den alten; besonders stark gefragt waren Güter der Unterhaltungselektronik und Fotogeräte, für die in Ostdeutschland das Zweieinhalbfache des entsprechenden Betrages in Westdeutschland ausgegeben wurde.

Beim Strukturvergleich sind die Unterschiede in den Ost-West-Relationen naturgemäß geringer als beim Niveauvergleich. So zeigt sich, daß der Anteil der Ausgaben für den sog. Grundbedarf (Essen, Kleiden, Wohnen) in den Haushalten der alten Bundesländer aufgrund des hohen Mietanteils höher ist als in Ostdeutschland, auch wenn hier die relativen Aufwendungen für Nahrungsmittel und Kleidung deutlich geringer sind. Insofern hat der „gehobene Bedarf“ im privaten Verbrauch der ostdeutschen Haushalte derzeit noch einen größeren Stellenwert als in Westdeutschland.

Die Rangfolge der Verwendungszwecke nach der Höhe der Anteile ist in Ost und West annähernd gleich. Gravierende Unterschiede gibt es lediglich in zwei Bereichen, und zwar bei

- Wohnungsmieten und Energie, die in den alten Bundesländern an vorderster Stelle stehen, während sie in Ostdeutschland noch keine große Rolle spielen, und der
- Haushaltsführung, wo die ostdeutschen Haushalte — relativ gesehen — weit mehr als die vergleichbaren Haushalte in Westdeutschland ausgeben; dabei fallen vor allem die wesentlich höheren Ausgabenanteile bei Heimtextilien und elektrischen Haushaltsgeräten ins Auge.

Die allgemein höheren Anteile der Ausgaben für technische Konsumgüter (Pkw, Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte) in den neuen Bundesländern hängen in starkem Maße mit dem großen Ersatz- und Nachholbedarf der ostdeutschen Haushalte zusammen, dessen Befriedigung die Konsumnachfrage auch noch im letzten Quartal 1990 prägte.

Kaufkraft- und Realeinkommensvergleiche zwischen den neuen und alten Bundesländern für das erste Quartal 1991

Bei den bisherigen Einkommensvergleichen wurden keine Preisunterschiede berücksichtigt. Zu Realeinkommensvergleichen gelangt man durch Umrechnungsfaktoren, mit denen die Preiskomponente ausgeschaltet wird. Gut geeignet sind dafür Verbrauchergeldparitäten. Sie werden mit Hilfe von repräsentativen Warenkörben und Preisvergleichen ermittelt. Wegen der unterschiedlichen Bedingungen in Ost und West bestehen Abweichungen in den Warenkörben. Mithin waren zwei getrennte Rechnungen nötig: eine mit einem Warenkorb der neuen und eine mit einem Warenkorb der alten Bundesländer.

Kaufkraftuntersuchungen sind enorm arbeitsaufwendig (die westdeutschen Warenkörbe enthalten z.B. über 800 Güter). Repräsentative Preisvergleiche in diesem Umfang konnten nicht durchgeführt werden. Deshalb wurde ein Näherungsverfahren angewendet, bei dem für alle in den neuen Bundesländern nicht subventionierten Güter im Ost-West-Vergleich eine Preisrelation von 1:1 unterstellt wurde; bei subventionierten Waren und Leistungen gingen die tatsächlichen Preisverhältnisse in die Rechnungen ein. Subventioniert wurden im ersten Quartal 1991 in Ostdeutschland im wesentlichen noch Mieten, Energiepreise (Strom, Kohle, Fernwärme), Verkehrstarife (öffentlicher Nah- und Fernverkehr) und Nachrichtenübermittlung (Post) sowie einige Güter aus den Verwendungsbereichen Gesundheit (Medikamente, ärztliche Leistungen) und Bildung, Unterhaltung, Freizeit (Kinderkrippen und -gärten, Lehrgangsgebühren). Dieses Vorgehen hat sicher zu gewissen Unschärfen geführt, weil auch bei etlichen nicht

Tabelle 4

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken in den alten und neuen Bundesländern¹⁾

	2-Personen-Rentnerhaushalte			4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen			4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen		
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer		Alte Bundesländer	Neue Bundesländer		Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	
	Struktur in vH	Alte Bundesländer = 100		Struktur in vH	Alte Bundesländer = 100		Struktur in vH	Alte Bundesländer = 100	
Nahrungs- und Genußmittel	27,0	36,5	135	24,3	33,7	139	20,3	26,9	132
dav.: Nahrungsmittel	19,3	25,7	134	16,0	21,0	132	12,8	16,4	128
Getränke, Tabakwaren	4,4	7,5	168	4,3	7,5	174	3,3	5,5	167
Verzehr in Gaststätten	3,3	2,6	78	4,0	5,2	132	4,2	4,9	117
Bekleidung, Schuhe	5,5	9,1	165	7,6	11,3	148	8,2	11,4	139
Wohnungsmieten, Energie	34,6	7,9	23	27,4	6,9	25	24,4	6,0	25
dav.: Wohnungsmieten	26,8	4,7	18	21,9	4,4	20	19,7	4,4	22
Energie	7,8	2,9	38	5,5	2,5	45	4,6	1,6	34
Haushaltsführung	5,5	15,0	272	7,3	13,2	182	7,9	12,6	158
dar.: Möbel	0,9	1,3	145	2,6	2,3	90	2,9	2,9	100
Heimtextilien	0,9	4,2	466	0,9	1,7	191	1,1	1,6	147
Elektrische Haushaltsgeräte	0,8	2,0	259	0,9	1,7	194	1,1	2,0	182
Gesundheits- und Körperpflege	4,6	4,5	99	3,7	2,9	80	7,3	2,5	34
dar.: Dienstleistungen	2,1	2,3	112	1,5	0,9	60	5,0	0,8	16
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12,8	14,9	117	16,1	17,2	107	15,6	25,8	165
dar.: Kraftfahrzeuge	4,7	7,2	152	6,8	7,6	111	6,5	17,2	267
Kraftstoffe	1,7	2,4	143	3,4	4,8	141	3,0	4,0	134
Fremde Verkehrsleistungen	1,4	1,9	132	0,8	2,1	251	1,3	1,4	112
Nachrichtenübermittlung	2,7	2,2	80	1,8	0,8	47	1,7	1,0	60
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	6,5	8,8	137	9,8	13,0	133	11,1	13,0	117
dar.: Unterhaltungselektronik, Fotogeräte	0,8	2,5	320	1,3	5,1	389	1,3	5,2	405
Dienstleistungen	1,2	0,8	65	1,8	2,0	108	1,8	1,8	99
Persönliche Ausstattung, Güter sonst. Art	11,0	3,2	29	3,9	1,7	44	5,1	1,9	37
dar.: Reisen	0,8	2,2	278	0,9	0,7	76	0,9	0,8	86
Privater Verbrauch	100,0	100,0	100	100,0	100,0	100	100,0	100,0	100

¹⁾ Alte Bundesländer: Durchschnitt I. — III. Quartal 1990. Neue Bundesländer: IV. Quartal 1990.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW und des IAW.

subventionierten Gütern Preisunterschiede zwischen Ost und West bestanden. Billiger waren in den neuen Ländern insbesondere Gaststättenessen und Dienstleistungen. Deshalb sind die errechneten Realeinkommensabstände wohl etwas überhöht.

Die Berechnungen der Kaufkraftparitäten wurden für je drei repräsentative Haushaltstypen durchgeführt, nur für sie gibt es in Ost und West annähernd vergleichbare Warenkörbe. Es handelt sich dabei um dieselben Haushaltstypen, die schon zum Vergleich des privaten Verbrauchs herangezogen wurden (siehe oben).

Im Ergebnis führten die Berechnungen für diese Haushaltstypen zu sechs Verbrauchergeldparitäten — jeweils eine für Haushalte aus den neuen und aus den alten Bundesländern.

Von den Preisunterschieden waren fünf der acht Verbrauchskomplexe betroffen. Die durchschnittlichen Paritäten für die tangierten Komplexe weichen aufgrund der unterschiedlichen Gewichtungen bei den einzelnen Haushaltstypen voneinander ab. Die Relationen für den Verbrauch insgesamt differieren hingegen von Haushaltstyp zu Haushaltstyp nur relativ wenig.

Tabelle 5

**Verbrauchergeldparitäten zwischen den alten und neuen Bundesländern
berechnet nach den Verbrauchsstrukturen der neuen Bundesländer
1. Quartal 1991**

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	Relative Kaufkraft in den neuen Bundesländern ¹⁾					
	Haushaltstyp I ²⁾		Haushaltstyp II ³⁾		Haushaltstyp III ⁴⁾	
	Pari- täten	Gewicht in vH	Pari- täten	Gewicht in vH	Pari- täten	Gewicht in vH
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100	34,0	105	32,0	104	25,0
Bekleidung, Schuhe	100	8,0	100	10,7	100	10,6
Wohnungsmieten, Energie	336	11,9	363	10,0	387	9,1
darunter: Mieten	581	5,2	570	4,9	559	5,2
Energie	147	6,7	162	5,1	156	3,9
Güter für die Haushaltsführung	100	14,0	100	12,4	100	11,9
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	105	4,7	104	2,8	104	2,7
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	175	15,6	137	16,3	120	25,1
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	100	8,2	100	12,4	100	12,1
Güter für die persönl. Ausstattung, sonstige Güter	100	3,5	100	3,5	100	3,4
Lebenshaltung insgesamt	140	100,0	134	100,0	133	100,0

1) Die Kaufkraft der DM in den neuen im Verhältnis zur Kaufkraft der DM in den alten Bundesländern. — 2) 2-Personen-Haushalte von Renteneempfängern mit geringem Einkommen (alte Bundesländer auch Sozialhilfeempfänger). — 3) 4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit mittlerem Einkommen. — 4) 4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit höherem Einkommen (alte Bundesländer auch Beamte).
Quellen: Berechnungen des DIW und des IAW.

Tabelle 6

**Verbrauchergeldparitäten zwischen alten und neuen Bundesländern
berechnet nach den Verbrauchsstrukturen der alten Bundesländer
1. Quartal 1991**

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	Relative Kaufkraft in den neuen Bundesländern ¹⁾					
	Haushaltstyp I ²⁾		Haushaltstyp II ³⁾		Haushaltstyp III ⁴⁾	
	Pari- täten	Gewicht in vH	Pari- täten	Gewicht in vH	Pari- täten	Gewicht in vH
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100	27,6	101	22,9	101	18,6
Bekleidung, Schuhe	100	5,6	100	7,7	100	7,7
Wohnungsmieten, Energie	317	34,1	324	25,3	326	22,2
darunter: Mieten	589	26,2	550	20,1	549	18,1
Energie	125	7,9	125	5,2	117	4,1
Güter für die Haushaltsführung	100	6,9	100	8,3	100	7,8
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	145	4,5	136	3,2	206	5,6
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	111	9,2	105	14,9	106	14,5
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	100	6,3	109	10,3	109	10,7
Güter für die persönl. Ausstattung, sonstige Güter	100	5,9	100	7,6	100	12,9
Lebenshaltung insgesamt	134	100,0	125	100,0	125	100,0

1) Die Kaufkraft der DM in den neuen im Verhältnis zur Kaufkraft der DM in den alten Bundesländern. — 2) 2-Personen-Haushalte von Renteneempfängern mit geringem Einkommen (alte Bundesländer auch Sozialhilfeempfänger). — 3) 4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit mittlerem Einkommen. — 4) 4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit höherem Einkommen (alte Bundesländer auch Beamte).
Quellen: Berechnungen des DIW und des IAW.

Tabelle 7

**Verbrauchergeldparitäten
zwischen den alten und neuen Bundesländern
1. Quartal 1991**

Angaben nach Bedarfsgruppen insgesamt	Relative Kaufkraft in den neuen Bundesländern ¹⁾		
	Rentner- Haushalte	Arbeitnehmer- Haushalte (mittleres Einkommen)	Arbeitnehmer- Haushalte (höheres Einkommen)
	in vH		
Verbrauchsstruktur in den alten Bundesländern	134	125	125
Verbrauchsstruktur in den neuen Bundesländern	140	134	133
Kreuzung der Warenkörbe	137	129	129
¹⁾ Die Kaufkraft der DM in den neuen im Verhältnis zur Kaufkraft der DM in den alten Bundesländern. <i>Quellen:</i> Berechnungen des DIW und des IAW.			

Generell war die durchschnittliche relative Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland, und zwar je nach Haushaltstyp und Warenkorb um 25 vH bis 40 vH, wobei die nach östlichen Wägungsschemata ermittelten Kaufkraftrelationen höher sind als die, denen westliche Verbrauchsstrukturen zugrunde liegen. Hierin spiegelt sich die unterschiedliche Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben wider. Die Kaufkraftabstände auf der Basis der westlichen Warenkörbe beruhten fast ausschließlich auf den gravierenden Differenzen bei den Mietpreisen bzw. auf dem großen Gewicht, mit dem Mieten in

die Rechnung eingingen. Bei den östlichen Warenkörben sind es die Bereiche Mieten sowie öffentlicher Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Die Kreuzung der Warenkörbe (geometrisches Mittel der Kaufkraftparitäten) aus den beiden Vergleichsgebieten ergab, daß die durchschnittliche relative Kaufkraft je Währungseinheit in den neuen Bundesländern im Februar 1991 um 29 vH bis 37 vH über der in Westdeutschland lag.

Um diese Werte wurden die Zahlen für die Haushaltseinkommen in den neuen Bundesländer korrigiert (heraufgesetzt). Im Ergebnis standen sich dann kaufkraftgleiche Einkommen (je Währungseinheit) in Ost und West gegenüber. Die durchschnittlichen *nominalen* Einkommen der betrachteten Haushalte weisen in den neuen Ländern gegenüber den alten für das erste Quartal 1991 einen Rückstand von 38 vH (alle Arbeitnehmerhaushalte) bis 54 vH (alle Rentnerhaushalte) auf. Nach Eliminierung der Kaufkraftunterschiede verringern sich die Spannen deutlich.

Real lagen die Einkommen aller Arbeitnehmerhaushalte in Ostdeutschland nur noch um 20 vH unter den entsprechenden westdeutschen Beträgen. Bei den Arbeitnehmerhaushalten mit höherem Einkommen und den Rentnerhaushalten belief sich der Abstand auf 25 vH bzw. gut 35 vH.

**Voraussichtliche Entwicklung
bis zum vierten Quartal 1991**

Der Abbau der Verbraucherpreissubventionen soll fortgesetzt werden; das wird — teilweise drastische — Preiserhöhungen zur Folge haben. Gleichzeitig steigen aber — zumindest bei den Erwerbstätigen und den Rentnern — die nominalen Einkommen kräftig.

Nachfolgend wird versucht zu schätzen, wie sich diese gegenläufigen Entwicklungen per Saldo auf die reale Ein-

Tabelle 8

**Realeinkommensvergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern für das 1. Quartal 1991
1. Quartal 1991**

Haushalte	Einkommen	Durchschnittliches Einkommen nominal		Relative Kaufkraft ¹⁾ in den neuen Bundesländern in vH	Um Kaufkraft- unterschiede bereinigte Einkommen/Ost in DM	Einkommens- unterschiede real (West = 100) in vH
		West ²⁾	Ost			
		in DM				
Alle Rentnerhaushalte		2 794	1 298	137	1 781	64
Alle Arbeitnehmerhaushalte		4 437	2 738	129	3 546	80
Oberes Drittel (der Einkommensschichtung) aller Arbeitnehmerhaushalte		6 864	3 976	129	5 122	75
¹⁾ Die Kaufkraft der DM in den neuen im Verhältnis zur Kaufkraft der DM in den alten Bundesländern. — ²⁾ Jahresdurchschnitt 1990. <i>Quellen:</i> Berechnungen des DIW und des IAW.						

kommenslage ausgewählter privater Haushalte auswirken werden. Einmal soll das geschehen durch einen Vergleich des ersten mit dem vierten Quartal 1991 für die neuen Länder (intertemporaler Vergleich), zum anderen durch einen Ost-West-Vergleich (interregionaler Vergleich) für das vierte Quartal 1991. Die über Warenkorbvergleiche ermittelten Paritäten dienen wiederum zur Bereinigung der Einkommen um Kaufkraftunterschiede.

Dem Ost-Ost-Vergleich liegen Preise, die Verbrauchsstrukturen und die Einkommen in diesem Wirtschaftsgebiet zu zwei verschiedenen Zeitpunkten zugrunde. Dafür müssen Annahmen über die voraussichtliche Situation im vierten Quartal getroffen werden. Bei den neuen Ländern gilt das für die Veränderung der Preise von (vormals) subventionierten Gütern, die neue Zusammensetzung der Warenkörbe und die Höhe der Einkommen. Streng genommen sind diese Informationen auch für die alten Länder erforderlich; in diesem Falle kann aber mit pauschalen Annahmen gearbeitet werden, weil — anders als in Ostdeutschland — eine stetige Entwicklung zu erwarten ist.

Für die alten Länder werden für 1991, dem Frühjahrsgutachten der fünf führenden deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute folgend, durchschnittliche Preissteigerungen beim privaten Verbrauch von 3,5 vH und Einkommenszunahmen von 5 vH angenommen⁹. Auf die Anpassung der Wägungsschemata kann wegen der nur relativ schwachen Veränderung verzichtet werden. Für die neuen Länder sind indes spezifizierte Vorausschätzungen nötig. Von Januar bis Oktober 1991 wird das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen der Arbeitnehmer voraussichtlich von 2 745 DM auf 3 009 DM und das der Rentner von 1 298 DM auf 1 526 DM steigen. Darin schlagen sich sowohl demographische als auch Einkommensveränderungen nieder.

Wesentliche demographische Veränderungen, die die Entwicklung des Einkommens der Haushalte beeinflussen, ergeben sich aufgrund der Arbeitsmarktentwicklung. Die Zahl der Arbeitslosenhaushalte wird um die Hälfte höher sein als im ersten Quartal 1991. Aber auch die veränderte „Durchmischung“ der Haushalte in den anderen sozialen Gruppen mit Arbeitslosen und Erwerbstätigen mit nicht voll ausgeschöpftem „Einkommenspotential“ ist eine Folge der sich deutlich verschlechternden Situation auf dem Arbeitsmarkt. Hierzu rechnen vor allem die Kurzarbeiter und Arbeitnehmer, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulung und Qualifizierung einbezogen sind.

Bis zum Herbst werden für Arbeitnehmer und Rentner wesentliche Einkommenserhöhungen wirksam. Die Tarifparteien einigten sich, einen großen Schritt zur Angleichung der Löhne und Gehälter der östlichen Arbeitnehmer an die westdeutschen noch in diesem Jahr zu machen. Für viele östliche Arbeitnehmer ist der gesamte zeitliche Rahmen für die volle Angleichung bereits vorgezeichnet. Erreichten die durchschnittlichen Bruttoeinkommen je Ar-

beitnehmer (ohne Kurzarbeiter) im Januar 1991 fast 45 vH der Bruttoverdienste der Arbeitnehmer in der alten Bundesrepublik, wird sich diese Relation auf voraussichtlich rd. 55 vH im vierten Quartal 1991 verbessern. Das folgt aus der Erhöhung der tariflichen Grundvergütung der östlichen Arbeitnehmer auf 55 bis 60 vH der westlichen Arbeitnehmer sowie der Umsetzung der Tarifstrukturen in den neuen Bundesländern. Nach der Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten im Januar 1991 um 15 vH folgte im Juli eine weitere in der gleichen Dimension.

Bei den Preisen wird gegenüber dem ersten Quartal folgende Entwicklung angenommen:

- Anhebung der Wohnungskaltmieten auf das 3,3 bis 3,6fache.
- Steigerung der Elektroenergiepreise für Heizzwecke auf westdeutsches Niveau; die übrigen Strompreise bleiben gegenüber dem ersten Quartal unverändert.
- Anstieg der Gaspreise für Heizzwecke um 20 vH; die übrigen Gaspreise bleiben gegenüber dem ersten Quartal unverändert.
- Preise für feste Brennstoffe erreichen den Stand wie in den alten Bundesländern.
- Preise für Fernwärme erhöhen sich von 0,40 DM je qm auf maximal 3,— DM je qm.
- Tarife für die Personenbeförderung mit Stadtbahnen und Bussen werden je nach Leistungskategorie um durchschnittlich 30 bis 120 vH steigen. Bei der Deutschen Reichsbahn werden die Tarife in diesem Jahr nicht weiter erhöht.
- Die Gebühren für Briefe und Pakete wurden bereits im April annähernd verdoppelt. Beim Fernsprehdienst wurden Preissenkungen für den Neuanschluß eines Telefons und für Ferngespräche zum Billigtarif beschlossen.

Der geplante weitere Subventionsabbau wird auch zu erheblichen Veränderungen in der Ausgabenstruktur der privaten Haushalte führen:

- Der Anteil der Ausgaben für Miete und Energie verdoppelt sich, d.h. im 2-Personen-Rentnerhaushalt beträgt er dann 24 vH und in den 4-Personenhaushalten der Arbeitnehmer 21 bzw. 22 vH.
- Die Ausgabendynamik in den Komplexen „Gesundheits- und Körperpflege“ und „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ entspricht im wesentlichen der Einkommensdynamik, so daß der Ausgabenanteil sich nur geringfügig verringert.
- Die Ausgabenanteile der Verwendungszwecke „Nahrungs- und Genußmittel“, „Bekleidung, Schuhe“, „Haushaltsführung“, „Bildung, Unterhaltung, Freizeit“

⁹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1991. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18-19/1991, S. 253 ff.

Tabelle 9

**Intertemporaler Vergleich:
Verbrauchergeldveränderungen in den
neuen Bundesländern vom I. zum IV. Quartal 1991**

Angaben nach Bedarfsgruppen insgesamt	Relative Kaufkraft in den neuen Bundesländern ¹⁾		
	Rentner- Haushalte	Arbeitnehmer- Haushalte (mittleres Einkommen)	Arbeitnehmer- Haushalte (höheres Einkommen)
	in vH		
Verbrauchsstruktur im Februar 1991	82	83	84
Verbrauchsstruktur im Oktober 1991	82	82	83
Kreuzung der Warenkörbe	82	82	83
¹⁾ Die Kaufkraft der DM im IV. Quartal 1991 im Verhältnis zum I. Quartal 1991. <i>Quellen:</i> Berechnungen des DIW und des IAW.			

und „Persönliche Ausstattung“ sind rückläufig und erreichen im vierten Quartal gegenüber dem ersten Quartal 1991 ein Niveau von rd. 85 vH.

**Preis- und Realeinkommensentwicklung in den neuen
Bundesländern vom ersten zum vierten Quartal 1991
(intertemporaler Vergleich)**

Die nach den Verbrauchsstrukturen vom ersten und vierten Quartal 1991 berechneten Preisindizes für ausgewählte private Haushalte in den neuen Bundesländern

weisen ein hohes Maß an Übereinstimmungen auf. In allen Fällen beträgt die durchschnittliche relative Kaufkraft der D-Mark im Oktober gegenüber der im Februar 1991 gut 80 vH.

Die Lebenshaltungskosten werden also insgesamt um 20 bis 22 vH steigen. Den weitaus größten Anteil an dieser Entwicklung haben nach der vorgelegten Modellrechnung die Miet- und Energiepreiserhöhungen.

Die Vorausschätzung der *nominalen* Einkommen hatte für das vierte Quartal gegenüber dem ersten Quartal 1991 bei den ausgewählten Gruppen folgende Steigerungsraten ergeben:

alle Rentnerhaushalte 18 vH,
 alle Arbeitnehmerhaushalte 10 vH,
 oberes Drittel aller Arbeitnehmerhaushalte 8 vH.

Eine Bereinigung der verfügbaren Haushaltseinkommen im vierten Quartal um die jeweiligen durchschnittlichen Preissteigerungsraten gegenüber dem ersten Quartal ergibt ein differenziertes Bild. Während sich für Rentnerhaushalte die *reale* Einkommenslage nur wenig verschlechtert (−4 vH) — dort heben sich die Preissteigerungen und die nominalen Einkommenserhöhungen gegenseitig nahezu auf —, entstehen für Arbeitnehmerhaushalte Realeinkommensverluste in einer Größenordnung von 9 bis 10 vH. Bei ihnen wird es also zu spürbaren Einbußen kommen, der vielfach befürchtete massive Rückgang des materiellen Lebensstandards wird aber ausbleiben.

Kritisch anzumerken ist allerdings, daß die erfaßten Haushaltstypen nicht alle Teile der Bevölkerung repräsentieren. Wegen fehlender Datenbasis konnten bei der Realeinkommensbetrachtung — anders als bei der nominalen Betrachtung — die unter sozialen Aspekten als kritisch einzustufenden Gruppen nicht einbezogen werden. Das sind Haushalte mit geringem verfügbarem Einkommen, wie

Tabelle 10

**Intertemporaler Vergleich:
Realeinkommensveränderungen vom I. zum IV. Quartal 1991 in den neuen Bundesländern**

Haushalte	Durchschnittliches Einkommen nominal		Relative Kaufkraft ¹⁾ IV. Quartal	Um Kaufkraft- unterschiede bereinigte Ein- kommen IV. Quartal	Einkommens- unterschiede real (I. Quartal = 100)
	I. Quartal	IV. Quartal			
	in DM		in vH	in DM	in vH
Alle Rentnerhaushalte	1 298	1 526	82	1 247	96
Alle Arbeitnehmerhaushalte	2 738	3 008	82	2 481	91
Oberes Drittel (der Einkommensschichtung) aller Arbeitnehmerhaushalte	3 976	4 304	83	3 585	90
¹⁾ Die Kaufkraft der DM im IV. Quartal 1991 im Verhältnis zum I. Quartal 1991. <i>Quellen:</i> Berechnungen des DIW und des IAW.					

Haushalte von Alleinerziehenden mit mehreren Kindern, 1-Personen-Rentnerhaushalte mit niedrigen Renten und „reine“ Arbeitslosenhaushalte. Bei ihnen werden im Oktober 1991 die Ausgaben für den lebensnotwendigen Bedarf (Essen, Kleiden, Wohnen) 65 bis 75 vH der Ausgaben für den privaten Verbrauch insgesamt ausmachen, so daß für die übrigen Verbrauchsbereiche nur wenig Geld übrig bleibt. Für diese Haushalte wird das Wohngeld — im Gegensatz zu den vorher betrachteten Haushalten — von großer Bedeutung sein.

Kaufkraftparitäten und Realeinkommensunterschiede in den alten und neuen Bundesländern im vierten Quartal 1991 (Ost-West-Vergleich)

Die wie für das erste Quartal ermittelten Verbrauchergeldparitäten zwischen den neuen und alten Ländern, jetzt nur mit den (vorausgeschätzten) Preisen für Oktober 1991 und mit z.T. veränderten Wägungsschemata, haben erwartungsgemäß ergeben, daß sich die Kaufkraftunterschiede je Währungseinheit zwischen Ost und West gegenüber dem Februar 1991 deutlich verringern werden. Der Grund dafür sind die angekündigten hohen Preissteigerungen bei einer Reihe von Gütern in Ostdeutschland.

Dennoch wird die relative Kaufkraft der D-Mark in der ehemaligen DDR nach wie vor höher sein als in Westdeutschland, und zwar je nach Haushaltstyp und Warenkorb um 8 vH bis 19 vH (Februar 1991: 25 vH bis 40 vH). Bei der Kreuzung der Warenkörbe aus beiden Vergleichsge-

bieten zeigt sich, daß die relative Kaufkraft je D-Mark für alle drei Haushaltstypen in den neuen Ländern im Durchschnitt dann noch um 13 vH bis 15 vH über der in Westdeutschland liegen wird (Februar 1991: 29 vH bis 37 vH). Das hängt vor allem mit den dann immer noch vergleichsweise niedrigen Mieten und Verkehrstarifen zusammen.

Die *nominalen* Unterschiede bei den Haushaltseinkommen in Ost und West werden sich im vierten Quartal gegenüber dem ersten Quartal 1991 verringern. Der Rückstand zu den alten Ländern wird dann voraussichtlich für alle Rentnerhaushalte etwa 48 vH (erstes Quartal: 54 vH) betragen, für alle Arbeitnehmerhaushalte 35 vH (38 vH) und für das obere Drittel aller Arbeitnehmerhaushalte 40 vH (42 vH).

Nach Ausschaltung der Kaufkraftveränderungen zeigt sich indes eine gegenläufige Tendenz. Danach werden sich die *realen* Einkommensabstände gegenüber dem ersten Quartal erhöhen; sie belaufen sich dann für alle Rentnerhaushalte auf 40 vH (erstes Quartal: 36 vH), für alle Arbeitnehmerhaushalte auf 27 vH (20 vH) und für das obere Drittel aller Arbeitnehmerhaushalte auf 32 vH (25 vH).

Gleichwohl ist dies, ein Jahr nach der Vereinigung Deutschlands, ein bemerkenswertes Ergebnis: Die Realeinkommensabstände sind früher erheblich größer gewesen. Zwar steht eine Untersuchung der Verhältnisse für das erste Halbjahr 1990 noch aus; es liegt aber eine Arbeit des DIW zu dieser Thematik für Mitte der achtziger Jahre vor. Danach betrug der reale Einkommensabstand 1985 in Arbeitnehmerhaushalten etwa 50 vH¹⁰. Bis Ende 1989 dürfte sich diese Relation nicht gravierend verändert haben.

Hinzuweisen ist indes darauf, daß die vorliegende wie auch die frühere Untersuchung bei ihren Ergebnissen keine letzte Genauigkeit beanspruchen können. Gewisse Unschärfen sind jetzt sicher durch die unterschiedlichen Arten der Einkommensermittlung in Ost und West, die nicht übereinstimmenden Erhebungszeiträume bei den Einkommens- und Verbrauchsdaten, die vereinfachten Berechnungen der Verbrauchergeldparitäten/Preisindizes sowie durch die Annahmen für das vierte Quartal 1991 entstanden. Bei der Untersuchung für 1985 ergaben sich Ungenauigkeiten aufgrund der damals nur in groben Umrissen vorliegenden Wägungsschemata, der nur unzureichenden Berücksichtigung von Mängeln in der Güterbereitstellung und durch den Vergleich von disaggregierten Einkommensdaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Westen mit Ergebnissen von Einkommensstichproben im Osten (Problem der Untererfassung). Die ermittelten Größenordnungen des damaligen und heutigen Realeinkommensabstandes sind aber wohl einigermaßen zutreffend.

Tabelle 11
Ost-West-Vergleich für das IV. Quartal 1991:
Verbrauchergeldparitäten
zwischen den alten und neuen Bundesländern

Angaben nach Bedarfsgruppen insgesamt	Relative Kaufkraft in den neuen Bundesländern ¹⁾		
	Rentner- Haushalte	Arbeitnehmer- Haushalte (mittleres Einkommen)	Arbeitnehmer- Haushalte (höheres Einkommen)
	in vH		
Verbrauchsstruktur in den alten Bundesländern	110	108	110
Verbrauchsstruktur in den neuen Bundesländern	119	118	118
Kreuzung der Warenkörbe	115	113	114

¹⁾ Die Kaufkraft der DM in den neuen im Verhältnis zur Kaufkraft der DM in den alten Bundesländern.
Quellen: Berechnungen des DIW und des IAW.

¹⁰ Vgl. Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR 1985. Bearb.: Manfred Melzer und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/1986, S. 259 ff.

Tabelle 12

**Ost-West-Vergleich für das IV. Quartal 1991:
Realeinkommensvergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern**

Haushalte	Einkommen	Durchschnittliches Einkommen nominal		Relative Kaufkraft ¹⁾ in den neuen Bundesländern in vH	Um Kaufkraft- unterschiede bereinigte Einkommen/Ost in DM	Einkommens- unterschiede real (West = 100) in vH
		West	Ost			
Alle Rentnerhaushalte		2 934	1 526	115	1 749	60
Alle Arbeitnehmerhaushalte		4 659	3 008	113	3 397	73
Oberes Drittel (der Einkommensschichtung) aller Arbeitnehmerhaushalte		7 207	4 304	114	4 906	68

¹⁾ Die Kaufkraft der DM in den neuen im Verhältnis zur Kaufkraft der DM in den alten Bundesländern.

Quellen: Berechnungen des DIW und des IAW.

Zusammenfassung

Anfang 1991 machte das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen in den neuen Bundesländern etwas mehr als die Hälfte des entsprechenden Betrages in Westdeutschland aus. Günstiger als im Durchschnitt war die Situation in den Haushalten von Arbeitern und Angestellten; dagegen fiel der Einkommensrückstand vor allem bei den Selbständigen-Haushalten, aber auch bei den Rentnern größer aus. Die Disparität der Einkommensverteilung ist in Ostdeutschland geringer als im alten Bundesgebiet, weil Spitzeneinkommen dort noch fehlen. Bis zum Ende dieses Jahres werden die verfügbaren Haushaltseinkommen in den neuen Bundesländern — je nach sozialer Gruppe — um 10 bis 35 vH steigen, so daß sich der Abstand zum westdeutschen Einkommensniveau weiter verringern wird.

Beim Vergleich der Konsumstrukturen fallen zwei gravierende Unterschiede ins Auge: einmal der weit geringere Anteil der Ausgaben für Mieten und Haushaltsenergie in Ostdeutschland (nur etwa ein Viertel des entsprechenden Wertes in Westdeutschland), zum andern die wesentlich

höheren Ausgabenanteile bei Gütern der Haushaltsführung — insbesondere bei Heimtextilien und elektrischen Haushaltsgeräten — in den neuen Bundesländern.

Die Berechnung von Verbrauchergeldparitäten ergab, daß zu Beginn dieses Jahres die relative Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland wegen der noch in einigen Bereichen gezahlten Subventionen größer war als in Westdeutschland. Bei einem Vergleich der realen Einkommen, d.h. nach Eliminierung der Kaufkraftunterschiede, verkürzt sich der Rückstand der ostdeutschen Haushalte um rund 20 Prozentpunkte, und zwar bei den Arbeitnehmerhaushalten von knapp 40 auf 20 vH, bei den Rentnerhaushalten von rund 55 auf 35 vH. Der geplante Abbau der noch verbliebenen Verbraucherpreissubventionen wird bis zum vierten Quartal 1991 zu einer deutlichen Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen und insgesamt — auch bei Berücksichtigung der gleichzeitigen Einkommensverbesserungen — die reale Einkommenslage verschlechtern. Gleichwohl wird diese Relation, ein Jahr nach der Vereinigung Deutschlands, ein bemerkenswertes Ergebnis sein, da die Realeinkommensabstände früher erheblich größer gewesen sind.

Anhaltend hohe Investitionsausgaben des West-Berliner verarbeitenden Gewerbes

Ergebnisse der Unternehmensbefragung 1990/91

Das verarbeitende Gewerbe von West-Berlin hat 1989 und 1990 außerordentlich kräftig investiert. Der Zuwachs der Investitionsausgaben lag im Durchschnitt beider Jahre bei 13 vH, und damit etwas über der Rate in den alten Bundesländern (+11 vH). Für 1991 ist eine Senkung der Investitionsausgaben im Westteil Berlins geplant (-12 vH); im Ostteil der Stadt und im Umland beginnen die Unternehmen hingegen, sich kräftig zu engagieren. Die in West-Berlin ansässigen Unternehmen werden 1991 in Berlin und in der Umgebung insgesamt etwa gleichviel investieren wie 1990 (3,1 Mrd. DM). Hinzu kommen Ausgaben auswärtiger Unternehmen, die im laufenden Jahr für Ost-Berlin und das Umland auf mindestens eine Mrd. DM zu beziffern sind. Damit hält die Investitionstätigkeit des verarbeitenden Gewerbes in der Region Schritt mit der in der gesamten Volkswirtschaft.

Untersuchungsgrundlagen

Im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie fragt das DIW die Unternehmen des Berliner verarbeitenden Gewerbes jährlich nach Umfang und Struktur der realisierten und geplanten Investitionen, den Zielen der Investitionstätigkeit, der Entwicklung der Produktionskapazitäten sowie den Beschäftigungsperspektiven. Hinzugekommen sind Fragen nach dem wirtschaftlichen Engagement in den neuen Bundesländern.

Der Befragtenkreis umfaßte wie bisher alle Industrie- und Handwerksbetriebe in West-Berlin mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten¹. Der folgenden Analyse liegen Auskünfte von 630 West-Berliner Betrieben mit 125 000 Beschäftigten zugrunde, dies sind 55 vH der Betriebe und 71 vH der Beschäftigten². Die Befragungsergebnisse wurden anhand der nach Branchen und Beschäftigtengrößenklassen gegliederten Investitionsintensitäten sowie anhand von Einzelinformationen hochgerechnet.

Die Befragung wurde vom April bis Juni 1991 durchgeführt. Sie ist konzeptionell abgestimmt mit dem Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, das die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe des übrigen Bundesgebietes untersucht und die vom DIW für West-Berlin ermittelten Daten in seine Berechnungen integriert.

Befragungsergebnisse

1989/90: Außerordentlich hohe Zunahme
der Investitionsausgaben

1989 haben die Unternehmen des Berliner verarbeitenden Gewerbes rund 2,8 Mrd. DM investiert, davon 2,2 Mrd. DM (78 vH) in Ausrüstungen — Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Kraftfahrzeuge — und 0,6 Mrd. DM (22 vH) in

Bauten. Insgesamt waren die Investitionsausgaben erheblich höher als im Jahr davor (18 vH); außerordentlich stark sind dabei die Bauinvestitionen gestiegen (+62 vH). 1990 wurden, den noch vorläufigen Berechnungen zufolge, die Investitionsausgaben der Unternehmen in West-Berlin nochmals — um 8 vH auf 3,07 Mrd. DM — gesteigert. Dabei wuchsen die Ausgaben für Ausrüstungen wieder stärker (+12 vH), die für Bauten gingen hingegen zurück (-6 vH).

Die Entwicklung in den einzelnen Industriehauptgruppen verlief vergleichsweise einheitlich. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, in dem in Berlin die chemische Industrie dominiert und das im Jahre 1990 rund 11 vH der Beschäftigten und 13 vH der Investitionen umfaßte, stiegen die Ausgaben für Bauten annähernd ebenso schnell wie die für Ausrüstungen. Das Investitionsgütergewerbe, auf das 60 vH der Beschäftigten und 50 vH der Investitionsausgaben entfallen, weitete 1990 die Investitionen für maschinelle Anlagen (12 vH) ebenfalls etwas stärker aus als die Bauausgaben (9 vH). Anders die Verbrauchsgüterproduzenten: Die Investitionen dieser Branche, die 16 vH der industriell Beschäftigten in Berlin und 19 vH der Investitionen repräsentiert, übertrafen die Vorjahresdaten bei den Ausrüstungen um 6 vH; die Bauausgaben waren hingegen um 37 vH niedriger. Ein kräftiger Anstieg beider Investitionsarten ist schließlich bei den Nahrungs- und Genussmittelproduzenten mit 23 vH bzw. 14 vH zu verzeichnen; der Anteil dieser Gruppe an der Zahl der industriell Beschäftigten beträgt 13 vH, der an den Investitionen 18 vH.

¹ In diesem Jahr wurde damit begonnen, auch Informationen über Ost-Berlin und das Umland zu erhalten.

² Die Beteiligung ist damit deutlich niedriger als in den Vorjahren. Hierin kommt eine gewisse „Befragungsmüdigkeit“ zum Ausdruck. Vor allem aber sind viele Unternehmen derzeit mit Auskünften besonders zurückhaltend, da die Entwicklung immer noch schwer zu überblicken ist.

Die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) 1989 bis 1991

Sypro-Nr.	Wirtschaftshauptgruppe bzw. Wirtschaftsgruppe/-zweig	Repräsentation in vH ¹⁾	Investitionen in Mill. DM ²⁾								
			1989 ³⁾			1990 ³⁾			Planung 1991		
			Ins-gesamt	Bau-ten	Ausrü- stungen	Ins-gesamt	Bau- ten	Ausrü- stungen	Ins-gesamt	Bau- ten	Ausrü- stungen
25	Gew. und Verarb. von Steinen und Erden	63	27	3	24	28	2	26	37	4	33
27	Eisenschaffende Industrie ⁴⁾	100
28	NE-Metallhalbzeugwerke	75	27	2	25	25	2	23	21	1	20
29	Gießereien	40	12	3	9	10	2	8	7	0	7
301, 303	Stabziehereien, Kaltwalzwerke usw.	100	4	1	3	3	0	3	2	0	2
40, 22	Chem. Industrie, Mineralölverarbeitung	90	286	83	203	324	88	236	310	90	220
53	Holzbearbeitung ⁴⁾	50
55	Papier- und Pappeerzeugung ⁴⁾	100	5	0	5
59	Gummiverarbeitung	71	4	0	4	2	0	2	1	0	1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		79	387	95	292	414	100	314	392	96	296
302	Stahlverformung usw.	63	45	15	30	40	12	28	30	2	28
31	Stahl- u. Leichtmetall-, Schienenfahrz.bau	70	35	10	25	47	17	30	34	5	29
32	Maschinenbau	78	230	45	185	301	88	213	190	30	160
33, 34	Straßenfahrzeug- und Schiffbau, Kfz.-Rep.	76	226	76	150	260	40	220	200	20	180
36, 50	Elektrotechnik, Büroma., Datenverarb. ger.	73	665	105	560	700	105	595	543	63	480
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung v. Uhren	53	21	1	20	23	3	20	21	1	20
38	Herstellung von EBM-Waren	78	156	6	150	160	15	145	140	10	130
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe		73	1378	258	1120	1531	280	1251	1158	131	1027
39	Herst. von Musikinstrum., Spielwaren usw.	53
51, 52	Herst. v. Feinker., Herst.u.Verarb. v. Glas	100
54	Holzverarbeitung ⁴⁾	74
56	Papier- und Pappeverarbeitung	63	223	90	133	185	55	130	187	89	98
57	Druckerei, Vielfältigung	58	127	52	75	192	18	174	208	10	198
58	Herstellung von Kunststoffwaren	50	130	20	110	85	23	62	86	12	74
62	Lederverarbeitung ⁴⁾	49
63	Textilgewerbe	62	96	19	77	67	20	47	75	30	45
64	Bekleidungs-gewerbe	38	3	2	1	6	1	5	6	0	6
65	Reparatur von Gebrauchsgütern ⁴⁾	100
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		55	627	201	426	578	128	450	592	154	438
68	Ernährungsgewerbe	63	310	69	241	305	60	245	330	70	260
darunter											
6818	Herstellung von Backwaren	63	12	2	10	8	1	7	6	1	5
6828	Herstellung von Süßwaren	80	141	30	111	128	20	108	146	35	111
6860	Kaffeeverarbeitung	68	30	0	30	39	2	37	23	2	23
69	Tabakverarbeitung	66	138	10	128	240	30	210	242	52	190
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		63	448	79	369	545	90	455	572	122	450
Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt		71	2840	633	2207	3068	598	2470	2714	503	2211
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		—	+ 18	+ 62	+ 9	+ 8	— 6	+ 12	— 12	— 16	— 10

1) Beteiligung an der Befragung 1991 gemessen an der Beschäftigtenzahl (Stand Ende September 1990). — 2) Hochgerechnete Befragungsergebnisse. — 3) Vorläufig. — 4) Aus Geheimhaltungsgründen werden die Angaben nicht veröffentlicht; sie sind aber in den Werten der jeweiligen Hauptgruppe enthalten.

Quelle: DIW-Investitionstest.

Pläne 1991: Investitionsausgaben für Betriebe in West-Berlin rückläufig

Nach den Angaben vom Frühjahr und Sommer wollen die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes 1991 in ihren West-Berliner Betriebsstätten gut 2,7 Mrd. DM und damit deutlich weniger investieren als 1990 (-12 vH). Dabei sollen die Ausgaben für Bauten stärker abnehmen (-14 vH) als die für Ausrüstungen (-10 vH). Der Rückgang der Investitionsausgaben betrifft mit wenigen Ausnahmen fast alle Branchen. Besonders ausgeprägt ist er jedoch bei den Investitionsgüterproduzenten (-24 vH). Ein Zuwachs zeichnet sich hingegen im Ernährungsgewerbe ab (+8 vH).

Kapazitätserweiterung ...

Wichtigstes Investitionsmotiv war nach den Angaben der Unternehmen schon 1989 die Erweiterung der Produktionskapazität. Auch 1990 dienten die Investitionen in vielen Unternehmen vorrangig der Erweiterung bestehender Anlagen. Unternehmen mit diesem Ziel repräsentierten 48 vH aller Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe und 65 vH der insgesamt geplanten Investitionsausgaben. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, in dem erst 1989 die Kapazitätserweiterung den Ersatzbedarf als

wichtigsten Investitionsgrund verdrängt hat, ist der Trend zur Kapazitätsausweitung relativ am stärksten ausgeprägt. Eine Ausnahme bilden die Betriebe der Investitionsgüterbranchen, bei denen auch 1990 das Ziel der Ersatzbeschaffung fast gleichrangig neben dem der Erweiterung stand. Für 1991 zeichnet sich hingegen eine Veränderung ab: Mit Ausnahme des Verbrauchsgütersektors verliert der Kapazitätsausbau zugunsten des Anlagenersatzes an Bedeutung. Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich die Investitionswirkungen in der Praxis nicht immer eindeutig trennen lassen; mit der Ersatzbeschaffung werden häufig zugleich Rationalisierungs- und Erweiterungseffekte erzielt.

Dem Strukturbild der Investitionsgründe entsprechen die Einschätzungen der Unternehmen über die Kapazitätswirkung ihrer Investitionen. Ein Viertel der Unternehmen gab für 1990 als Resultat ihrer Investitionen eine spürbare Kapazitätsausweitung an. Insgesamt dürfte sich den Unternehmensangaben zufolge und bei Berücksichtigung der verfügbaren Informationen über Neuansiedlungen die industrielle Produktionskapazität in Berlin 1990 um etwa 5 vH (Vorjahr: 7 vH) erhöht haben. 1991 werden die Kapazitäten voraussichtlich stagnieren.

... führt zu steigender Beschäftigung

Der Ausbau der Produktionskapazitäten und die günstige konjunkturelle Entwicklung verbesserten auch die

Investitionsmotive im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West) 1988 bis 1991

Wirtschaftshauptgruppe Betriebsgrößenklasse	Als Hauptziel ihrer Investitionen nannten ... vH der Betriebe ¹⁾											
	Kapazitätserweiterung				Rationalisierung				Ersatzbeschaffung			
	1988	1989	1990	1991	1988	1989	1990	1991	1988	1989	1990	1991
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	56	66	69	44	8	8	16	18	36	26	15	38
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	39	36	38	40	23	27	27	21	38	37	35	39
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	49	56	63	74	21	16	14	12	30	28	25	14
Nahrungs- und Genußmittel	36	47	59	36	23	22	16	33	41	31	25	31
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	42	43	48	44	21	23	22	19	37	34	30	37
davon Betriebe mit												
20 bis 49 Beschäftigten	37	38	40	45	13	15	22	14	50	47	38	41
50 bis 99 Beschäftigten	41	50	51	42	13	16	19	22	46	34	30	36
100 bis 199 Beschäftigten	46	45	60	45	16	18	15	14	38	37	25	41
200 bis 499 Beschäftigten	46	45	44	59	20	27	27	22	34	28	29	19
500 bis 999 Beschäftigten	34	42	42	35	26	31	38	26	40	27	20	39
1 000 oder mehr Beschäftigten	42	42	47	39	25	23	21	18	33	35	32	43

¹⁾ Mit der Beschäftigtenzahl gewichtet.
Quelle: DIW-Investitionstest.

Beschäftigungslage: Rund ein Viertel aller Betriebe, vor allem die größeren, haben ihre Beschäftigtenzahl erhöht, bei etwa jedem Zehnten ist sie gesunken. Per Saldo wuchs die Zahl der Beschäftigten des Befragtenkreises gegenüber 1989 (Stand Ende September) um 6 vH. Für 1991 erwartet ebenfalls ein Viertel aller befragten Unternehmen eine Zunahme der Beschäftigtenzahl, die Hälfte keine Veränderung. Dabei sind die Aussichten für Fachkräfte nach wie vor sehr günstig: Die Zahl der Arbeitsplätze für Facharbeiter wird nach Angaben eines Viertels aller Betriebe zunehmen, nur wenige Betriebe erwarten hier einen Rückgang.

Nur noch wenige Unternehmen hatten im Frühjahr 1991 Probleme, für offene Stellen geeignete Bewerber zu finden; der ungedeckte Bedarf an Fachkräften ist mit rund 300 offenen Stellen im Vergleich zu den Vorjahren, in denen jeweils 1200 bis 1500 Fachkräfte dringend gesucht wurden, gering. Eine entscheidende Rolle dürfte dabei die Möglichkeit spielen, jetzt auf Fachkräfte aus Ost-Berlin und dem Umland zurückzugreifen.

Folgerungen

Nach den vorliegenden Daten hat es 1989 und 1990 im verarbeitenden Gewerbe von West-Berlin einen außerordentlich kräftigen Investitionsschub gegeben. Dies war einmal Reflex der günstigen konjunkturellen Entwicklung; zum anderen und ganz wesentlich dürfte dazu die Beschleunigung von Investitionsvorhaben als Reaktion auf die 1990 wirksam gewordene Einschränkung der Investitionszulage nach dem Berlinförderungsgesetz beigetragen haben. Für 1991 zeichnet sich für die in West-Berlin liegenden Betriebsstätten ein deutlicher Rückgang der Investitionsausgaben ab (-12 vH). Die westdeutsche Industrie will dagegen ihre Investitionen weiter kräftig ausbauen³.

Gleichwohl ist die voraussichtliche Abnahme der Investitionen in West-Berliner Betriebsstätten nicht unbedingt als Alarmzeichen zu werten. Einmal ist sie wohl Reflex der im

Befragungszeitraum insgesamt noch unübersichtlichen Perspektiven für Berlin als Industriestandort: Ein Teil der Unternehmen wird vom Abbau der Fernabsatzförderung stark betroffen und hält sich bei der Investitionsplanung erkennbar zurück; darüber hinaus bestand auch Unsicherheit über die künftige Investitionsförderung. Auch die lange Zeit nicht entschiedenen Frage des Regierungssitzes könnte eine Rolle gespielt haben.

Zum anderen sind nach der Wiedervereinigung der Stadt und der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands Berlin und seine Umgebung als einheitlicher Wirtschaftsraum anzusehen. Dabei ist es folgerichtig und wirtschaftspolitisch erwünscht, daß die West-Berliner Unternehmen sich auch im Ostteil der Stadt und im Umland engagieren. Dieser Prozeß hat offenbar eingesetzt: Jedes dritte West-Berliner Industrieunternehmen bezieht bereits Vorleistungen aus Ost-Berlin und dem Umland, wenn auch überwiegend noch im bescheidenen Umfang von zumeist weniger als 10 vH. Hinzukommen eigene Investitionen außerhalb West-Berlins: Aus dem Befragtenkreis gaben 60 Unternehmen an, 1990 und 1991 insgesamt für rund 700 Mill. DM Investitionen in Ostdeutschland getätigt zu haben oder tätigen zu wollen, davon etwa die Hälfte in Ost-Berlin und dem Land Brandenburg. Ob diese Mittel unter anderen Voraussetzungen in West-Berliner Betriebsstätten investiert worden wären, ist eine müßige Frage. Entscheidend ist vielmehr, daß sie überhaupt für den regionalen Kapazitätsausbau zur Verfügung stehen. Bei der Beurteilung der regionalen Kapazitätsentwicklung sind ferner auch die Investitionen auswärtiger Unternehmen zu berücksichtigen. Diese sind nach noch unvollständigen Informationen für 1991 auf etwa eine Milliarde DM zu schätzen. Darüber und über die eigenständigen Aktivitäten der in der Region ansässigen Unternehmen soll eine gesonderte Befragung Aufschluß bieten.

³ Das Ifo-Institut erwartet einen Zuwachs der Investitionsausgaben um 10 vH für 1991. 1990 und 1989 haben die Ausgabenzuwächse in Westdeutschland 11 bzw. 10 vH betragen. Vgl. A. Weichselberger: Industrie: Weiterhin lebhafte Investitionstätigkeit. In: Ifo-Schnelldienst Nr. 18/91.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Necker-mann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabschottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 119 **Berechnung der Kosten und der Ausgaben für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 106 S. 1990. DM 48,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen und alten Bundesländern. Bearbeitet von Mitarbeitern des DIW und des IAW. —
Anhaltend hohe Investitionsausgaben des West-Berliner verarbeitenden Gewerbes. Bearbeitet von Ingo Pfeiffer

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten